



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822
Fax : (0221) 221-6627497
E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 15.03.2017

**Auszug
aus der Niederschrift der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik vom 16.02.2017**

öffentlich

**3.2 Herstellung von Barrierefreiheit auf Kölner Gehwegen
hier: Antrag der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -
selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
vom 18.01.2017**

Herr Ladenberger berichtet, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sehr erfreut zur Kenntnis genommen haben, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld zu diesem Thema bereits einen Beschluss gefasst hat. Daher entstand die Überlegung, dass dieser sinnvolle Beschluss im Sinne der Menschen mit Behinderung aber auch aller anderen Menschen auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden soll. Seitdem dieser Antrag auf der Tagesordnung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik steht haben ihn viele Menschen – auch viele, die in der Regel nicht mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik befasst sind - angesprochen, die diesen Antrag ebenfalls sehr gut finden. Dies zeigt, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diese Beschlussempfehlung an den Fachausschuss ganz im Sinne der Kölner Stadtgesellschaft einbringt. Dies zeigt auch, dass die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Stadt wahrgenommen wird.

Herr Dr. Rau ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis auf die Problematik, dass in Köln die Luftbelastung durch Stickoxide zu oft die Grenzwerte übersteigen. Er hat in seiner Funktion als Umweltdezernent einen Arbeitskreis einberufen, der sich mit dem Thema befasst, um hier kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Aus Umweltsichtpunkten sieht er langfristig die Aufgabe, den Individualverkehr in Köln zur Ausnahme zu machen und den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Nutzung von Fahrrädern in Köln zu stärken. Es zu tolerieren, dass Autos Gehwege und Zufahrten zuparken, sei eine Bevorzugung des Individualverkehrs. Daher möchte er diesen An-

trag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sowohl als Vorsitzender der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als auch als Umweltdezernent unterstützen.

Herr Intveen dankt für diese Aussage, da hierdurch deutlich wird, dass es bei diesem Antrag nicht ausschließlich für Menschen mit Behinderung geht, sondern die inklusive Stadtgesellschaft betrifft. Eine moderne Stadt braucht Bewegungsräume. Er dankt daher auch der Bezirksvertretung Ehrenfeld, die dieses Thema aufgebracht hat.

Herr Ladenberger bittet darauf zu achten, dass der ÖPNV bei der Einschränkung des Individualverkehrs auch zu einem ÖPNV für alle wird und es keine Nutzungseinschränkungen geben darf, die Menschen ausgrenzt und die Mobilität verhindert.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt wie folgt:

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt, dem zuständigen Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales zu empfehlen, in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss zu fassen:

Auf allen Gehwegen innerhalb der Stadt Köln soll unverzüglich eine barrierefreie Mobilität gewährleistet werden. Das Amt für öffentliche Ordnung ist angehalten, für die Aufrechterhaltung der barrierefreien Gehwegmobilität zu sorgen und die Gehwegbreite von 1,50 Metern (zzgl. Sicherheitsabständen 0,2 m zum Haus + 0,3 m zum PKW) und Begegnungszonen nach 15 Metern mit geeigneten Maßnahmen zu realisieren. Eine Unterschreitung ist nur dann möglich, wenn der Gehweg eine bauliche Breite von 2,00 Metern nicht aufweist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen